



Grob gesagt

Bestenfalls geht die AfD
den Weg der SVP

«Die Inserate erinnern an Kampagnen zur Zeit des Faschismus», empörte sich CVP-Generalsekretär **Raymond Loretan** 1995 über eine Kampagne der SVP. Und FDP-Präsident **Franz Steinegger** sagte 1999 über **Christoph Blocher**: «Ich stelle fest, dass er zunehmend Methoden anwendet, die eindeutig gefährlich sind. Sie erinnern an Methoden, die der Politikwissenschaftler Karl Bracher dem Faschismus und Totalitarismus zugeordnet hat.»

Den mitunter üblen Stil der SVP kann man tatsächlich nur immer wieder kritisieren; die Gegner sollten dabei aber

aufpassen – eine stilistisch gemässigte SVP hätte wohl grössere Chancen an den Wahlen. **Den Weg des Faschismus**, wie er von Gegnern immer wieder heraufbeschworen wurde, **ist die SVP jedenfalls nie gegangen**. Im Gegenteil. Die Partei besteht penibel auf die Einhaltung von geltendem Recht und zeigt sich immer wieder als betont demokratisch. Auch dann, wenn es darauf ankommt: in der Niederlage.

Der Fehler der Politiker von CVP und FDP in den 1990er-Jahren war, dass sie den **Unmut der Bevölkerung in der Migrationsfrage** unterschätzt haben. Was schnell mal passiert, wenn man selbst in einer privilegierten Situation ist, zum Beispiel in Lebensumständen, in denen einem Ausländer weder begegnen noch konkurrenzieren. Auch in Deutschland wird der zunehmende Unmut an der Basis weder von **Politikern im Kokon des Berliner Regierungsviertels** wahrgenommen, noch von **Journalisten in ihren renovierten Prenzlauer-Berg-Altbauwohnungen**. Sie erklären einfach jeden, der notgedrungen AfD wählt, zum **rassistischen Ausländerfeind und zum Dummkopf**.

So wie die SVP den Altparteien CVP und FDP Stimmenanteile abgenommen hat, so nimmt die AfD den Altparteien CDU, FDP und SPD Stimmenanteile ab. **Das Establishment mag toben über den Bürger, der vermeintlich falsch wählt**, doch in einer Demokratie ist es eben er, der bestimmt; und das ist auch richtig so. Die Dämonisierungsstrategie funktioniert nur auf

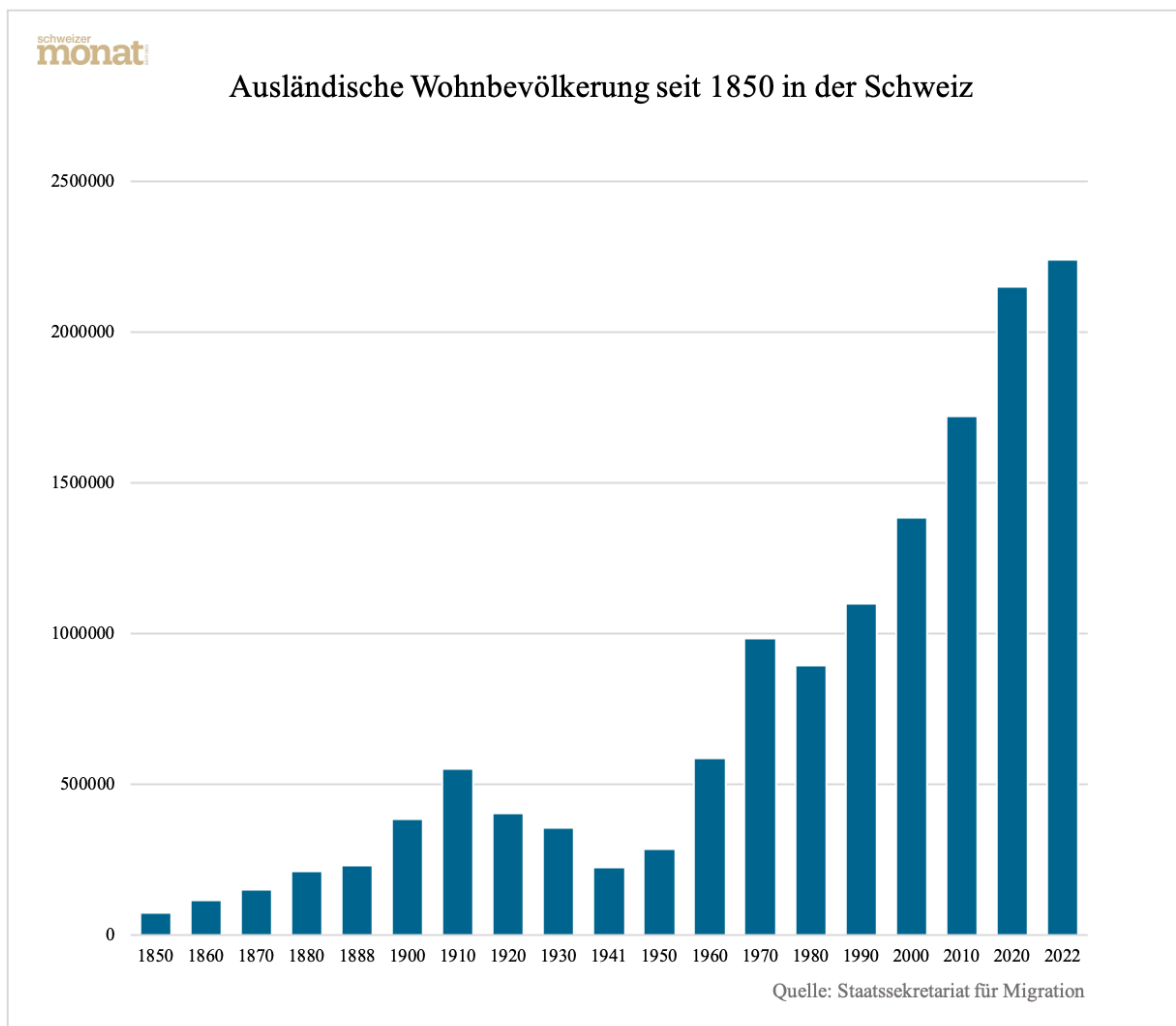
kurze Frist.

Aber aufgepasst! Deutschland hat **keine freiheitliche Tradition** wie die Schweiz, sondern eine betont **obrigkeitsgläubige**. Es besteht also tatsächlich eine gewisse Gefahr, dass eine aufstrebende AfD in den Strudel eines Machtrauschs gerät, die junge Demokratie Deutschland beerdigt und **diktatorisch, nationalsozialistisch, faschistisch** wird. Umso wichtiger ist es, dass Leute in die Partei drängen, die Wert auf Rechtsstaatlichkeit legen und die Demokratie bewahren und verteidigen wollen. Sind es viele, werden sie einen **Björn Höcke**, der eine klar nationalistisch-sozialistische Agenda verfolgt, zu einer Randfigur machen.

Bei der SVP hat es geklappt: **Die Neonazis**, die sich in den 1990er-Jahren in der Partei breit machen wollten, **blieben erfolglos**. Parteifunktionäre mit rassistischen Positionen werden konsequent ausgeschlossen. **Die Oberhand behalten hat der unternehmerische Zürcher Flügel** der Partei unter Christoph Blocher. Man kann ihm einen fragwürdigen Stil vorwerfen, aber keine Demokratiefeindlichkeit und kein Streben, den Rechtsstaat auszuschalten.

In den zwanzig Jahren von 2001 (1,4 Millionen Ausländer in der Schweiz) bis 2021 (2,2 Millionen) gab es kein Jahr, in dem die ausländische Bevölkerung in der Schweiz nicht zugenommen hätte: Netto sind in dieser Zeit **fast 800'000 Personen**

eingewandert, das sind pro Jahr fast 40'000 Personen.
20 Prozent Bevölkerungsanteil wurde 2002 erreicht, 25 Prozent 2017. Natürlich ist das vielfach erfreulich: **Ausländer wurden geholt, sind erwünscht und bringen sich konstruktiv ein.**



Die SVP ist parallel dazu gewachsen und hat sich von 10 Prozent Wähleranteil auf fast 30 Prozent Wähleranteil gesteigert – für die stabile Schweiz eine Revolution. **Die Situation in Deutschland ist anders:** Noch 2011 lag der Ausländeranteil landesweit bei lediglich 7,9 Prozent. 10 Jahre später, 2021, ist er

bei 13,1 Prozent angekommen. Selbst eine Stadt wie Berlin, in der vermeintlich die Weltbürger wohnen, hatte 2020 weniger als 20 Prozent Ausländeranteil.

Probleme bei der Integration gibt es in beiden Ländern; selbst migrationsfreundliche Eltern wollen ihr Kind nicht in eine Schulklasse schicken, in der kaum noch Deutsch gesprochen wird. Und das ist der Fall, zum Beispiel in der Aargauer Gemeinde Neuenhof, wo **80 Prozent der Schüler Migrationshintergrund** haben. Bei der Einschulung, so erzählt es die Schulleiterin Renate Baschek, **kann die Hälfte der Kinder kaum Deutsch.**

Je weiter die politischen Raumschiffe in den Hauptstädten vom Bürger **abheben, desto eher öffnen sich Chancen** für Parteien, die seine Anliegen vertreten. Man nennt das Demokratie.

Frohe Sommerferien wünscht



Ronnie Grob
Chefredaktor